

Uni-Gebäude oder Flüchtlingsunterkunft? Konflikt um Berliner Grundstück

Widerstand an der Freien Universität Berlin gegen
Flüchtlingscontainer auf Unigelände - Erfahren Sie mehr
über die Kontroverse und Proteste im vornehmen Kiez.
#FU #Flüchtlinge #Berlin #Proteste

Das Unigelände an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das derzeit als Parkplatz genutzt wird, steht im Mittelpunkt einer Kontroverse. Der Senat plant, auf dieser Fläche ein Containerdorf für 260 Flüchtlinge zu errichten. Dies stößt auf Widerstand, insbesondere von Seiten der Freien Universität, die das Grundstück für den Bau von Lehr- und Forschungsgebäuden vorgesehen hat. Die Universitätsleitung fühlt sich übergangen und betont, dass sie bereits in der Vergangenheit geholfen habe, geflüchtete Menschen kurzfristig unterzubringen.

Die Freie Universität Berlin weist darauf hin, dass das betreffende Grundstück dringend für eigene Bauprojekte benötigt wird. Die Universität schlägt alternativ vor, leerstehende Gebäude in unmittelbarer Nähe für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen. Die Uni zeigt sich grundsätzlich bereit, geflüchtete Menschen zu unterstützen, benötigt aber die Fläche für ihre eigene Entwicklung und Baupläne.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Broemme, prüft derzeit alle städtischen Freiflächen für mögliche Flüchtlingsunterkünfte. Er betont, dass solange das Grundstück ungenutzt bleibt, es sinnvoll sei, dort Flüchtlinge

unterzubringen. Der Senat hat Ende März die Errichtung von 16 weiteren Containerdörfern beschlossen, da der Bedarf an Wohnraum für Flüchtlinge in Berlin weiterhin hoch ist. Es wird darauf hingewiesen, dass zusätzliche Standorte im Ostteil der Stadt geplant sind, was zu einer weiteren Verschärfung des Ungleichgewichts führen könnte.

Der Widerstand gegen die beabsichtigte Flüchtlingsunterbringung auf dem Unigelände in Steglitz-Zehlendorf hat im Netz zu Kontroversen geführt. Einige Nutzerinnen und Nutzer kritisieren die Freie Universität Berlin dafür, dass sie sich gegen die temporäre Nutzung des Parkplatzes ausspricht, obwohl sie sich sonst als weltoffen präsentiert. Die Debatte zeigt, dass die Diskussion um Flüchtlingsunterkünfte auch in gehobenen Stadtteilen kontrovers und emotional geführt wird.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de